

Driebergen, Oekumenische Vereinigung der Tagungszentren, 1987

Abkehr von Abschreckung - Umkehr zum Frieden

Brief der Teilnehmer des Friedensforums der ökumenischen Vereinigung der Tagungszentren an die Christen und Kirchen in Europa

In den Industriestaaten des Nordens wird einer immer größeren Zahl von Menschen das Versagen des Systems der Abschreckung bewußt. Es kann sich auf nichts, woran wir glauben, nichts was wir bekennen, gründen. Es ist zum Widerspruch dessen geworden, was wir durch das Evangelium bezeugen wollen. Jedoch wird dies in unseren Kirchen noch nicht einmütig vertreten. Aber die Standpunkte sind durch das Geschehen der letzten Jahre geschärft. Der Überzeugung, durch Atomwaffen den Frieden zu sichern und dies als mögliche christliche Handlungsweise anzuerkennen, können wir nicht länger folgen.

Kirchen gegen Gleichgewicht des Schreckens

Wir erinnern an die Erklärung "Der heilige Stuhl und die Abrüstung" vom 12. Dezember 1976, in der es heißt: "Der klare Widerspruch zwischen der verschwenderischen Überproduktion an Rüstungsmaterial und der Summe unbefriedigter Lebensbedürfnisse ... ist ... ein Angriff auf jene, die seine Opfer sind. Ein Angriff, der zum Verbrechen wird: selbst wenn man die Waffen nicht tatsächlich anwendet, allein schon durch ihre Kosten töten sie die Armen, denn sie verurteilen diese zum Hungertod."

Wir erinnern an die Erklärung des Weltkirchenrates von Vancouver 1983: "Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und die Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen ..."

Wir erinnern an das Dokument "Der Beitrag der Orthodoxen Kirche für die Durchsetzung des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Liebe unter den Völkern und für die Aufhebung der rassistischen und aller anderen Diskriminierungen", welches im Februar 1986 vom Interorthodoxen Komitee zur Vorbereitung der Panorthodoxen Synode akzeptiert und im November 1986 von der Dritten Vorkonziliaren Panorthodoxen Konferenz offiziell verabschiedet wurde.

Erste Verhandlungsergebnisse einer echten Reduzierung von Atomwaffen in Europa sind in greifbare Nähe gerückt. Wir wissen um die fortbestehenden psychischen Widerstände und materiellen Interessen, die dem entgegenstehen. Jahrzehntelang genährte Feindbilder, die Verdrängung unfaßbarer Gefahren, das Kalkül der Macht und tief verwurzelte Vorurteile verzögern und behindern den Lernprozeß der Vertrauensbildung.

In dieser Situation muß ein Wort, das weiterhilft, ein Wort zur Umkehr sein. Dieses

Wort darf nicht aus einer Position der Überlegenheit und Selbstgerechtigkeit gesprochen werden. Es muß eine Einladung sein, einen neuen Weg zu wagen. Dabei muß ausgeschlossen werden, daß gemeinsame Sicherheit in Europa auf Kosten von Gerechtigkeit, Frieden und Integrität der Schöpfung weltweit geht.

Gegen die Dominanz- und Gewaltaspekte in der europäischen Geschichte wollen wir uns auf die Grundlagen unseres Glaubens besinnen und die Traditionen der sozialen Bewegungen und humanistischen Bestrebungen in Europa aufnehmen.

Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen und die Ermöglichung gerechter sozialer Verhältnisse sind die Prüfsteine, an denen das Alte Testament Glaubensgehorsam gegenüber Gott mißt und Shalom verheißt.

Der pax romana, dem Ausdruck menschlicher Allmacht, wird im Neuen Testament der Gottesfriede gegenübergestellt. Er realisiert sich in der Liebe, die vom Nächsten bis zum Feind reicht. Liebe ist das zentrale Kriterium für die Erfüllung des Gesetzes. Der Gegenentwurf zur Kultur der Gewalt ist die praktische Entwicklung einer Kultur der Liebe.

Wir wissen, daß wir noch weit entfernt davon sind, dies in unserem Lebensstil einzuüben. Unsere Verstrickungen in Abhängigkeits- und Machtstrukturen sind oft so komplex, daß wir sie nur schwer durchschauen. Verdrängung und Resignation, Angst vor Nachteilen und Unverständnis binden uns an vermeintliche Sicherheiten. Nur durch einen gemeinsamen Lernprozeß im Angesicht unseres unterschiedlichen politischen, ökumenischen und kulturellen Hintergrunds und unserer verschiedenen Glaubensstraditionen können wir uns aus ihnen lösen.

Wir wissen, daß die Wahrnehmung der Probleme in den verschiedenen Regionen der Erde und unter uns selbst zu unterschiedlichen Prioritäten führt. Wir sind nicht in gleichem Maße verantwortlich für den jetzigen Zustand der Welt und unterschiedlich betroffen.

Aber wissen wir auch, daß Risiken militärischer und ziviler Technologien, Naturzerstörung und Ressourcenverschwendung, Hunger und Armut, Leben vernichten und unser aller Existenz bedrohen.

Gemeinsame Sicherheit als Prozeß

Heute wird die Handlungsfähigkeit Europas am stärksten durch die fortschreitende Aufrüstung gelähmt. Deshalb setzen unsere Vorschläge hier an. Ohne eine Umkehr hier besteht die Gefahr, daß alles Leben zerstört wird.

Wir wollen gemeinsame Sicherheit als einen Prozeß verstehen, der auf eine europäische Friedensordnung zuführt. Dieser Prozeß geht von den existierenden Systemgegensätzen und ideologischen Unterschieden aus. Sicherheitspartnerschaft verlangt ein Verhalten, durch das der potentielle Gegner zum Partner für die gemeinsame Sicherheit wird.

1. Gemeinsame Sicherheit braucht dennoch ein Instrumentarium, daß die Nichtangriffsfähigkeit des jeweils anderen überprüfbar macht und völkerrechtlich garantiert. Wir halten vereinbarte Kontrollmöglichkeiten bei Abrüstungsmaßnahmen für unverzichtbar. Wir wenden uns daher entschieden gegen alle neu zu beobachtenden Aufweichungen des Völkerrechtes. Sie

unterhöhlen das Vertrauen in die Verlässlichkeit internationaler Abmachungen und behindern vertrauensbildende Maßnahmen.

2. Gemeinsame Sicherheit umfaßt neben den friedenspolitischen auch die Aspekte der wirtschaftlichen, umweltpolitischen und kulturellen Beziehungen sowie die Frage der Menschenrechte. Der Prozeß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit ist das wesentlichste Instrument der Regierungen auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung. Wir fragen aber, welche Priorität die Teilnehmer-Staaten diesem Prozeß wirklich zumessen. Er muß zum Zentrum der friedenspolitischen Anstrengungen werden. Dabei können auch die Aktivitäten der nichtstaatlichen Organisationen hilfreich sein.
3. Neutrale und blockfreie Staaten haben oft eine konstruktive und vorwärtsweisende Rolle der Vermittlung zwischen den Blöcken übernommen. Vorschläge für entmilitarisierte Zonen, vertrauensbildende Maßnahmen und die Reduzierung von Truppenstärken sind bisher noch nicht genug geprüft worden.

Als Basis der Verständigung für den Abrüstungsprozeß schlagen wir vor:

- Wir wollen uns um eine breite, öffentliche Diskussion von Konzepten bemühen, die die Abschaffung von Atomwaffen bis zum Jahr 2000 denkbar und verhandelbar machen. Die gegenwärtigen Verhandlungen zu Mittelstreckenraketen verstehen wir als Teil dieser Perspektive. Sie müssen zu einer echten Reduzierung des Waffenarsenals führen und dürfen in Zukunft die see- und luftgestützten Waffensysteme nicht ausklammern.
- Wir unterstützen in unseren Veranstaltungen einen weltweiten Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.
- Wir schließen uns dem Protest gegen jede Militarisierung des Weltraumes an. Sie führt zu ökonomischer Verschwendung, internationaler Verunsicherung und erhöht die Gefahr.
- Wir treten öffentlich ein für ein Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen und verurteilen die moralischen Deformationen, die der Entwicklung solcher Waffensysteme zugrundeliegen.
- Ein bedeutsames Zeichen der Umkehr sehen wir in einem internationalen Teststoppabkommen für nukleare, biologische und chemische Waffen. Die Vorleistung der Sowjetunion im atomaren Bereich hat eine echte Chance dazu bedeutet. Wer diesem Angebot nicht folgt, macht sich unglaubwürdig.
- Wir begrüßen alle Versuche der Reduzierung von konventionellen Waffen in Europa und die Umorientierung militärischer Doktrinen und Strategien sowie der Bewaffnungsstrukturen auf defensive Verteidigung. Es ist eine nicht belegbare Behauptung, daß atomare Abrüstung zur konventionellen Aufrüstung führen müsse.

- Wir wollen dazu beitragen, daß der internationale Waffenhandel geächtet wird. Daß Ausgaben für Waffen- und Militärhilfe den Aufwendungen für die Entwicklung davonlaufen, ist angesichts von Armut und Hunger ein durch nichts zu rechtfertigender Skandal.

Gerechtigkeit und Frieden sind unteilbar

Denk- und Handlungsmuster, die sich in den letzten Jahrhunderten mit unserer Art zu wirtschaften, durch kulturelle Überwältigung, durch Anwendung von Zwang und Gewalt ausbreiteten, bestimmen heute die Struktur der internationalen Beziehungen. Die Dominanz des West-Ost-Konfliktes hat die früheren Kolonialstaaten des Nordens bisher davor bewahrt, ihre koloniale Vergangenheit wirklich aufzuarbeiten. Jede Neuorientierung, die um der Erhaltung eigener Privilegien willen darüber hinweggeht, hat die Möglichkeit der Umkehr schon verschenkt.

Der Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Unterentwicklung wird auf der politisch-praktischen Ebene gegenwärtig jedoch völlig verdrängt. Soweit Abrüstungsvorschläge die Verhandlungstische erreichten, blieben die Probleme des Weltwirtschaftssystems unberührt und umgekehrt: Wo aber hochverschuldete Entwicklungsländer sogar die Rüstungsprogramme des Nordens mitfinanzieren, dürfen wir nicht schweigen.

- Deshalb muß sich Abrüstung zwischen West und Ost mit Entschuldung und Lastenausgleich zwischen Nord und Süd verknüpfen
- Wir erneuern und bekräftigen den Vorschlag für einen internationalen Entwicklungsfonds, der aus der Reduzierung der Militärhaushalte und der Militärhilfe zu speisen ist. Er soll weltweitem Lastenausgleich, der Entschuldung der Entwicklungsländer, der Förderung selbstständiger regionaler Wirtschaftseinheiten und Projekten der Selbsthilfe dienen.
- Für besonders dringend halten wir Maßnahmen der Rekultivierung und Wiederaufforstung.
- Darüber hinaus sollte der Aufbau eigenständiger Informationssysteme in und zwischen den Ländern der Dritten Welt ermöglicht werden. Diesen Fonds sollen die betroffenen Länder selbst verwalten.
- Wir hoffen, daß die UNO-Konferenz zu Abrüstung und Entwicklung positive Ergebnisse in dieser Richtung erzielt.

Der weltweite Nord-Süd-Konflikt spiegelt sich auch in Europa. Zentralisierungs- und Uniformierungstendenzen in den kapitalistischen Gesellschaften (etwa im Agrarbereich, durch supranationale Unternehmensstrategien und Hochtechnologie) provozieren Überproduktionskrisen einerseits und den Verlust von Arbeitsplätzen und neue Armut andererseits. Sie verstärken zugleich die regionalen und sozialen Benachteiligungen.

Die zur Zeit in den sozialistischen Staaten wahrnehmbaren Bemühungen um Demokratisierung und Verbesserungen in der zivilen Produktion sollten allseitige politische Unterstützung finden. Dieser Weg wird auch durch die drückenden Lasten

des Rüstungswettlaufs erschwert.

Touristenströme auf der einen und Migration aus den benachteiligten Regionen in die Zentren wirtschaftlicher Prosperität auf der anderen Seite sind Ausdruck krasser sozialer Unterschiede.

- Wir plädieren entschieden für Freizügigkeit. Sie muß aber auch die wirtschaftlich Schwächeren einschließen, ohne sie zu diskriminieren.
- Wir sehen in Maßnahmen, die Migranten und Flüchtlinge abschrecken sollen, eine Flucht aus der Verantwortung. Solche Maßnahmen fördern Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.
- Wir rufen die europäischen Staaten dazu auf, den KSZE-Prozeß zu nutzen, um Programme eigenverantwortlicher Regionalentwicklung zu fördern und auf gesamteuropäischer Basis zu finanzieren. Dabei sollten dezentrale Verantwortung gestärkt und die Besonderheiten der jeweiligen Regionen anerkannt werden.
- Im Rahmen des KSZE-Prozesses sollte zugleich untersucht werden, wie die regionalen Zusammenschlüsse in Europa (EG/RGW) die gesamteuropäische Perspektive sozialen Ausgleichs fördern können. Auch dabei wären weniger die Zentralfunktionen als vielmehr regionale Kompetenzen auszubauen.

Wir begreifen die Pluralität der Kulturen als Lernchance für die Verständigung der Völker. Deshalb wollen wir uns und unsere Zentren offenhalten für interkulturelle Lernerfahrungen, aus denen gegenseitiges Verstehen wächst.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen weltweiter Gerechtigkeit ist die Veränderung der patriarchalen Gewaltstrukturen in Machtverhältnissen zwischen Männern und Frauen, der Gewalt gegen Frauen und Kinder, der wirtschaftlichen Benachteiligung und zunehmenden Verarmung der Frauen, sowie Diskriminierung von homosexuellen Männern und lesbischen Frauen nicht länger ausweichen.

Integrität der Schöpfung

Die Probleme der Naturzerstörung stehen der Gefährdung durch die nukleare Bedrohung in nichts nach. Die internationalen Instrumente zur Abwehr akuter und längerfristiger Gefahren sind hier jedoch weniger entwickelt als in allen anderen Problembereichen.

Die Bewohnbarkeit der Erde steht auf dem Spiel. Deshalb muß der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die umweltgerechte Konversion des Industriesystems endlich als gemeinsame Herausforderung anerkannt werden.

Die Ergänzung des Menschen- und Völkerrechts durch ein internationales Umweltrecht drängt. Erste Bemühungen der UNO dürfen weder an partiellen, nationalen oder industriellen Interessen scheitern.

- Reinhaltung der Meere, der Luft und des Bodens, Verhinderung von Versteppung und Verödung von Landschaften, von Klimaveränderungen und

Zerstörung der Atmosphäre, von Verschwendung endlicher Ressourcen verlangen nach internationalen Vereinbarungen.

- Die Vernichtung und Endlagerung toxischer und nuklearer Abfälle, der Ersatz risikoreicher Großtechnologien durch dezentralisierte, umweltgerechte und energiesparende Produktionsweisen bedarf ebenfalls internationaler Abstimmung.
- Der Rückzug aus der zivilen Nutzung der Kernenergie muß durch die Förderung und Erforschung alternativer, umweltschonender Möglichkeiten unterstützt werden.
- Neue Abhängigkeiten im Bereich der Landwirtschaft durch bio- und gentechnologische Artenmanipulation, chemische Düngung und Schädlingsbekämpfung reichen inzwischen bis in den letzten Winkel der Erde ohne Rücksicht auf Folgewirkungen.
- Die Planung und Forschung im gentechnischen Bereich und ihre Finanzierung sind besonders durch gesetzliche Maßnahmen offenzulegen und damit einer demokratischen Kontrolle zu unterziehen.
- Wir appellieren an die europäischen Staaten, im KSZE-Prozeß den Transfer risikoarmer und energiesparender Technologien durch Vereinbarungen zu erleichtern und zu beschleunigen. Dies schließt auch die Verbreitung umweltfreundlicher Produkte für den täglichen Gebrauch ein.

Die Verantwortung für den Frieden im nuklearen Zeitalter, für das Wohl der Schöpfung und für die Lebenschancen der Hungernden auf der Welt verbietet es uns gleichermaßen, die gesellschaftlichen Antagonismen zwischen West und Ost so zu ideologisieren, daß sie vernünftiges und notwendiges gemeinsames Handeln verhindern.

Kleine Schritte

Auf vielen unserer Treffen haben wir erfahren, daß die Wahrnehmung all dieser Probleme unter uns wächst. Es verbindet uns die Vision einer Welt, die nach Jahrhunderten der Eroberung und Gewalt zu einer ÖKUMENE für das friedliche Zusammenleben der Völker, für eine gerechte Verteilung der Güter und Lebenschancen und für die Achtung der Schöpfung werden könnte.

Unsere Arbeit in den nächsten Jahren wollen wir deshalb als Beitrag zum weltweiten konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Integrität der Schöpfung verstehen. Dieser Beitrag soll bei unserer eigenen europäischen Verantwortung ansetzen. Wo immer wir engagiert sind - in kirchlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Friedensgruppen und -organisationen, Forschungsinstituten, Zentren und Akademien - wollen wir versuchen, Formen der Zusammenarbeit zu finden, die diesen Prozeß voranbringen. Wir hoffen dabei auf die Mitwirkung all derer, die den hier formulierten Positionen zustimmen können oder bereit sind, sie als Gesprächsgrundlage zu akzeptieren.

Unsere Aktivitäten sollen sich ausdrücken

- in der Stützung und dem Ausbau Ökumenischer Netzwerke auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene. Sie bieten besonders im lokalen Bereich Ansätze zur Verbreitung der ökumenischen Laienbewegung.
- in visiting communities zwischen Gruppen und Zentren, die gegenseitiges Verständnis über Grenzen von Kulturen und Ländern hinaus durch Begegnung und gemeinsames Erleben fördern.
- in Studien- und Tagungsarbeit, die die vielfältigen Aspekte des Prozesses vertieft, in dem sich unsere Kirchen nun befinden. Dabei wollen wir daran festhalten, daß auch gerade jene Gruppen und Argumente zu Wort kommen, die in der Gefahr stehen, aus der öffentlichen Diskussion ausgegrenzt zu werden.
- in der Förderung lokaler und regionaler konziliarer Versammlungen, um die notwendigen Konflikte zu bearbeiten und Übereinstimmungen festzuhalten.
- in Bundesbeschlüssen zu konkreten Aktionen, durch die unsere Solidarität verbindliche Gestalt erhält.

Die Kolleginnen und Kollegen in unseren Zentren bitten wir, Tagungen zur Vorbereitung der Versammlung der Kirchen Europas, die voraussichtlich zu Beginn des Jahres 1989 stattfindet, durchzuführen. Wir bitten Euch, die hier angesprochenen Stichworte aufzunehmen und sie mit den Verantwortlichen in Kirche, Gesellschaft und Politik sowie in Gruppen, Initiativen und mit Interessierten zu diskutieren. Ergebnisse dieser Diskussion wollen wir auf unserer nächsten Jahresversammlung im September 1988 in Budapest austauschen.

Die Netzwerke und regionalen Friedensformen in der Vereinigung bitten wir, unsere Vorschläge und Positionen zu studieren und an ihnen weiterzuarbeiten. In der von diesen Netzwerken und Foren praktizierten Form der Selbstorganisation sehen wir ein Modell grenzübergreifenden Friedenslernens. Insbesondere die Friedensforen sollten sich über die Vereinigung hinaus ausweiten zu kontinuierlichen Instrumenten der Entwicklung des konziliaren Prozesses.

Wir wissen, daß ein solcher Brief viele Fragen offen lassen muß und manches unerwähnt bleibt. Wir haben ihn auf das uns Wichtige konzentriert. Wir hoffen aber, daß viele, die ihn lesen, sich zu Reaktionen herausgefordert fühlen. Lassen Sie uns von diesen Reaktionen wissen.

Lassen Sie uns gemeinsam danach fragen, wie zuerst wir in Europa uns ändern müssen, damit Abhängigkeit sich in Partnerschaft, Dominanz in Dialog, Fremdbestimmung in Selbstverantwortung und Eigennutz in Teilhabe verwandelt. So könnten sich Dimensionen des Friedens aufschließen, die uns befähigen, die Mächte der Zerstörung, Unterdrückung und Armut zu überwinden.

Driebergen (NL), September 1987